

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstr. 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

5. Oktober 2010

31. Kreistagssitzung am 5. November 2010

Antrag: Übernahme von Schülerbeförderungskosten G8 durch den Main-Kinzig-Kreis

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Kreistagssitzung am 05.11.2010 folgenden Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Main Kinzig Kreises fordert die Landesregierung auf, die Kosten der Schülerbeförderung für die gymnasiale Oberstufe zu übernehmen.

Die Absage der Übernahme der Fahrtkosten für das 10. Schuljahr in der verkürzten Gymnasialzeit G8 durch die Kultusministerin Dorothea Henzler kann der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises nicht nachvollziehen. Der Kreistag sieht hier eine Ungleichbehandlung, die abgeschafft werden muss. Der Kreistag unterstützt die betroffenen Eltern.

Übergangsweise wird der Main-Kinzig-Kreis die Beförderungskosten für Schüler und Schülerinnen, die an der verkürzten Gymnasialzeit G8 teilnehmen, für das 10. Schuljahr übernehmen.

Begründung:

Die Entscheidung der hessischen Kultusministerin Dorothea Henzler gegen die Übernahme der Schülerbeförderungskosten für G8-Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr die zehnte Klasse besuchen, ist nicht nachvollziehbar.

Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit besteht die Notwendigkeit, die gesamten Fahrtkosten während der Schulzeit durch das Land zu tragen. Aber auch die zu erwartende demografische Entwicklung, Fachkräftemangel etc. erfordern dies.

Deshalb muss gesetzliche Regelung der Schülerbeförderung zu Gunsten der Betroffenen geändert werden. Die juristische Spitzfindigkeit Wiesbadener Bürokraten ist deshalb abzulehnen.

Am Beispiel der Zwillinge David und Chantal kann man dies deutlich machen. Beide fahren jeden Morgen mit dem Bus zum Unterricht in die Kopernikusschule Freigericht. David besucht die zehnte Klasse der Realschule, Chantal ist als G8-Schülerin in die Oberstufe gewechselt. Für beide ist es ihr zehntes Schuljahr. Dennoch werden nur die Fahrkarten des Realschülers vom Kreis bezahlt, Chantals nicht. Dass dies die betroffenen Eltern als eine Ungerechtigkeit empfinden, ist nachvollziehbar, denn in der Folge kommen zu übernehmende Fahrtkosten von bis zu 1025 Euro pro Kind und Schuljahr auf sie zu.

Die G8-Schülerinnen und Schüler werden vom Gesetzgeber gegenüber Realschülern benachteiligt, weil sie ein Jahr früher für den Bus zahlen müssen. Und dabei haben sie – zum Zeitpunkt des Wechsels an die Oberstufe – noch nicht mal einen Realabschluss.

Der Kreis als Schulträger ist gesetzlich nur verpflichtet, die Buskosten bis zum Ende der Mittelstufe zu bezahlen. Diese ist aber mit Abschluss der 9. Klasse G8 noch nicht erreicht. Hier ist die Rechtslage widersprüchlich. Deshalb sollte der Kreis übergangsweise diese Kosten übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer